

FDP – Fraktion

in der Stadtverordnetenversammlung Limburg

Hospitalstraße 1b
65549 Limburg
www.fdp-fraktion-limburg.de

Limburg, den 18.03.2019

Stadtverordnetenvorsteher
Stefan Muth
Rathaus
65549 Limburg

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher

wir bitten Sie, nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu nehmen:

Tagesordnungspunkt: Verlagerung von städtischen Dienststellen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause einen schriftlichen Bericht vorzulegen, der folgende Aspekte behandelt:

I. Dietkircher Höhe

- a.) Zeitplan Umzug in das Verwaltungsgebäude Dietkircher Höhe mit Erläuterung welche Abteilungen/Mitarbeiter wohin ziehen
- b.) Parkplatzsituation an der Dietkircher Höhe (Mitarbeiter/Besucher)
- c.) Anzahl der Besprechungsräume auf der Dietkircher Höhe
- d.) Kosten des Busanschluss Dietkircher Höhe
- e.) Kosten des Umzug

II. Bürgerbüro

- a.) Zeit- und Projektplan für die vollständige Realisierung des Bürgerbüro
- b.) Nutzungskonzept
- c.) Kostenaufstellung

III. Sanierung Altes Rathaus

- a.) Zeit- und Projektplan für die Sanierung
- b.) Kostenaufstellung

IV. Bauhof

- a.) Variantenbetrachtung für den aktuellen Standort
- b.) Bewertung von „Zweigstellen“ wie Depot und Staudengärtnerei
- c.) Alternativbetrachtung/Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

eines Umzug/Konzentration Standort Dietkircher Höhe
d.) Zeit- und Projektplan Optimierung der Standorte der städtischen Dienststellen

V. Nebenkosten

In der Kostendarstellung sollen auch sog. Nebenkosten dargestellt werden. Dazu gehören Infrastrukturmaßnahmen wie zB Glasfaserleitungen, ÖPNV-Anbindung oder Straßenanschlüsse, Signalanlagen oder Kreisel.

VI. Revisionsamt

Bei der Erstellung des schriftlichen Berichts ist das Revisionsamt einzubinden.
Der Bericht ist in einer Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss vor der Sommerpause vorzustellen. Zu der Sitzung ist das Rechnungsprüfungsamt einzuladen.

Begründung:

Im August 2018 hat das Stadtparlament eine sehr grundsätzliche Entscheidung getroffen und dem Ankauf der Flächen/Gebäuden von Mundipharma mit dem Ziel der Verlagerung von Teilen der städtischen Dienststellen zugestimmt.

In der Folgezeit wurden neben der Verlagerung der Dienststellen zum einen weitere Nutzungsmöglichkeiten wie zB Bauhof als Option aufgezeigt.

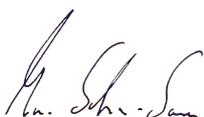
Die Verlagerung ist ein umfassendes Projekt aus vielen Modulen. So ist ein sehr wichtiges Modul die Schaffung des Bürgerbüros. Seit sehr langer Zeit soll ein solches geschaffen werden. Wie sieht es hierzu konkret aus? Was wird es kosten? Was wird angeboten für die Bürger?

Diese Fragen lassen sich auf viele Module übertragen. So wurde mit dem Ankauf diskutiert, dass der Bauhof an seinem bisherigen Standort entweder erhebliche Sanierungsarbeiten vornehmen muss. Oder man veräußert das Grundstück dort und verlegt den Standort bzw. bündelt alles an dem neuen Standort. Hier ist der Magistrat gehalten, zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit eine Variantenbetrachtung vorzunehmen.

Ebenso gehört zu einer wirtschaftlich soliden Handhabung des Gesamtprojekts „Verlagerung der städtischen Dienststellen“ eine Betrachtung und transparente Darstellung der Begleitkosten. Welche infrastrukturellen Maßnahmen sind an welchen Standorten notwendig?

Hierbei und der Gesamtbetrachtung soll das Rechnungsprüfungsamt mit ein Auge drauf haben und vor allem aber seine Expertise, seinen Rat zur wirtschaftlichsten Verwendung von Steuermitteln mit einbringen können.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.



Marion Schardt-Sauer
Fraktionsvorsitzende